

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerordentlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelappte Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gelappte Reklamzeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 179

Dienstag, den 3. August 1920

11. Jahrgang

Die Schuld am Weltkriege in Genf.

Sozialdemokratie und Arbeiterklasse.

Von Ed. Bernstein.

Anlässlich des Zusammentritts der Internationalen Sozialistenkonferenz von Genf scheint es angezeigt, ein paar Tatsachen zu veröffentlichen, welche die Haltlosigkeit einer in der sozialistischen Internationale von bestimmter Seite gefälligen verbreiteten Behauptung darthun. Es handelt sich um die Frage der Stellung der deutschen Arbeiterklasse zur alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Als am Abend des 6. Juni dieses Jahres die ersten Ergebnisse der Reichstagswahl in Berlin bekannt wurden, die so ungünstig für die alte Sozialdemokratie lauteten, da beizogen sich Zeitungs-korrespondenten in die Welt hinauszumelden, diese Partei habe eine furchtbare Niederlage erlitten, und in der Pariser „Humanité“ und von ähnlichem Geiste erfüllten sozialistischen Blättern des Auslandes konnte man lesen, die deutschen Arbeiter haben der bisherigen sozialdemokratischen Mehrheitspartei „den Rücken gekehrt“, sie sei „nur noch eine Partei von Kleinbürgern“.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus?

Unzweifelhaft war das Wahlergebnis in Berlin und Umgegend außerordentlich ungünstig für die alte Sozialdemokratie. Wer aber die hauptstädtischen Presseverhältnisse kennt, den konnte das nicht Wunder nehmen. Nicht nur die Presse der Unabhängigen und Kommunisten, auch die stärker als alle sozialistischen Blätter Berlins zusammen verbreitete radikal-demokratische Presse der Hauptstadt hatte durch ausschließliche die damalige Koalitionsregierung kritisierende Artikel eine dieser so ungünstigen Stimmung in der Bevölkerung geschaffen, und der die Zurückbehaltung der Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten verfügende Erlaß des Finanzministeriums hatte gerade noch zuletzt eine so starke Erbitterung in den Kreisen dieser hervorgerufen, daß man auf einen sehr großen Erfolg der sozialistischen Opposition gefaßt sein mußte. In den Reihen der Unabhängigen war sogar die Meinung verbreitet, man werde in Berlin die alte Partei bis zur völligen Unbedeutendheit „wegfegen“. Tatsächlich erzielte selbst in Berlin und den beiden die großen Industrieviertel der Hauptstadt umschließenden Nachbarkreisen Potsdam 1 und 2 gegen 986 844 Stimmen der Unabhängigen die alte Partei 509 842 Stimmen, also immer noch über halb so viel als jene. Da das reaktionäre und das liberale Kleinbürgertum eigene Listen hatten, das radikale Kleinbürgertum aber überwiegend oppositionell wählte, sind die mehr als eine halbe Million Stimmen, die auf die alte Sozialdemokratie entfielen, ein Beweis, daß ein sehr erheblicher Prozentsatz der Arbeiter von Berlin und Umgegend mit bemerkenswerter Treue an dieser festhält. In den Wahlversammlungen, die der Schreiber dieses als einer der Kandidaten von Groß-Berlin abgehalten hat, ist ihm das auch in sehr angenehmer berührender Weise aufgefallen. Unter den gegebenen Verhältnissen hatte das Resultat von Berlin für den Anhänger einer konsequent demokratischen und reformistischen Politik der Sozialdemokratie durchaus nichts Entmutigendes.

Noch günstigere Resultate als in Berlin erzielten für ihre Partei die Unabhängigen in folgenden Wahlkreisen:

	Unabhängige	Sozialdemokratie
Leipzig und Umgegend	287 520	57 749
Merseburg-Halle	310 929	60 870
Düsseldorf-Ost	317 786	96 539

Leipzig-Stadt und -Land sind von festem Stammbürgern des radikalen Flügels der deutschen Sozialdemokratie gewesen. Die radikale „Leipziger Volkszeitung“ beherrscht dort die Gassen, und erst ziemlich spät haben auch die Anhänger der alten Sozialdemokratie daselbst sich ein eigenes Organ geschaffen. Der Leipziger benachbarte und lange Zeit von ihm mitbeeinflusste Wahlkreis Merseburg-Halle hat sich im Krieg zu einem gewaltigen Industriegebiet entwickelt. In dem jedoch das Element geistig wenig hochstehender angelernter Arbeiter eine große Rolle spielt. Der Wahlkreis Düsseldorf-Ost umfaßt Teile des hochindustriellen Ruhrgebietes und des Gebietes der bergischen Klein- und Stahl-Industrie. In ganzen jedoch erhielten nur in acht von den 35 Wahlkreisen Deutschlands die Unabhängigen mehr Stimmen als die alte Sozialdemokratie, nämlich insgesamt 2 288 222 gegen 984 283 Stimmen, welche dort für letztere abgegeben wurden.

In nicht weniger als 27, das heißt in mehr als dreiviertel der Wahlkreise aber stimmte die Mehrheit der sozialistischen Wähler für die alte Sozialdemokratie. Und zwar war das Gesamtresultat dort:

Sozialdemokratie	4 630 172 Stimmen
Unabhängige	2 606 095 Stimmen

Von den 27 Wahlkreisen nun, wo die alte Sozialdemokratie die Mehrheit erzielte, sind eine Anzahl in hohem Grade industriell oder unindustriell von großer Bedeutung. Es seien davon genannt:

	Sozialdem.	Unabhängige
Breslau	317 379	58 686 Stimmen
Magdeburg	276 944	158 299
Hamburg	215 293	84 518
Ost- u. Süd-Hannover nebst Braunschweig	407 548	265 789
Westfalen, Nord und Süd	463 854	312 146
Hessen-Nassau	310 735	139 321
Rhein-Nahe	170 927	70 680
Chemnitz-Zwickau	283 052	163 558

Breslau hat Riesenfabriken für Eisenbahnbedarf (Waggonen usw.) sowie große Maschinenfabriken anderer Art, Magdeburg das mächtige Krupp-Ordnungswert und andere bedeutende Eisengießereien, große Zucker- und Spiritfabriken, Hamburg mit seinen Nebenorten beherbergt Hafenindustrien verschiedenster Art, eine große Tabakindustrie usw., Hannover große Lokomotivfabriken und Webereien, Westfalen Nord- und Süd neben seinen bedeutenden Montanindustrien in Bielefeld seine große Samenindustrie, Hessen-Nassau unter anderem eine der größten Lokomotivfabriken Europas und Industrien der Edelmetalle, Rhein-Nahe Webereien der verschiedensten Art und Chemnitz-Zwickau große Maschinenfabriken, starke Webereien und Wollereien sowie Kohlenbergbau. Wenn in diesen Industriegebieten zusammen den etwa 1 1/2 Millionen Wählern der Unabhängigen nahezu 2 1/2 Millionen Wähler der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegenüberstehen, so sieht man schon daraus, wie wenig Sinn es hat, von dieser letzteren zu sagen, sie sei „keine Arbeiterpartei mehr“.

Tatsächlich spielen die nicht aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Elemente bei der deutschen Sozialdemokratie eine kleinere Rolle als in der Partei der Unabhängigen. Von den 112 Mitgliedern ihrer Reichstagsfraktion sind mindestens 100 oder 90 Prozent entweder von Hause aus Arbeiter oder Kinder von Arbeitern, im Verhältnis mehr als bei den Unabhängigen, von deren 88 Mitgliedern mindestens 12 bürgerlicher Herkunft sind.

Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß für mich bei Wertung eines Menschen als Sozialist nicht seine Herkunft, sondern seine Gesinnung und Betätigung maßgebend sind. Es handelt sich hier nur um die Widerlegung eines Schlagwortes, womit man der Partei der deutschen Sozialdemokratie in der sozialistischen Internationale ihre tatsächliche Bedeutung als Arbeiterpartei abzustreifen sucht.

Unter ganz besonders ungünstigen Umständen hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Feuerprobe der Wahl mit gutem Erfolg bestanden. Ohne die Größe dieses Erfolges zu übertreiben und in den Fehler der Erfolgsamberei zu verfallen, darf sie doch mit Genugtuung feststellen, daß sie, wie der Zahl der steuernden Mitglieder nach, so auch in bezug auf die Zahl ihrer Wähler noch wie vor mit Recht als die „Mehrheitspartei“ bezeichnet wird.

Die Internationale in Genf.

Die deutschen Delegierten des internationalen Sozialistenkongresses sind nunmehr vollständig in Genf eingetroffen. Die Mehrheit der deutschen Delegierten, darunter Scheidemann und Wels, ist mit dem Wortlaut der von uns gestern wiedergegebenen Resolution über die Schulfrage, die als zu einseitig und zu scharf gegen Deutschland bezeichnet wurde, nicht einverstanden. Infolgedessen ist diese Angelegenheit neuerdings an die Kommission verwiesen worden, die versuchen wird, eine Formel zu finden, die zwar das kaiserliche Deutschland scharf verurteilt, aber den Standpunkt vertritt, daß die Schuld am Weltkriege letzten Endes in der kapitalistischen Ordnung zu suchen ist.

Der Kongress behandelte in seiner gestrigen Vormittags-sitzung die Frage der Zulassung der Pariser Delegation. Namens der Mandatprüfungs-kommission vertrat Morrison (England) den Standpunkt, daß die auswendigen französischen Delegierten nicht als vollberechtigte Delegierte anerkannt werden können. Generalsekretär Huppmann betonte, die französischen Delegierten hätten die Grundzüge der zweiten Internationalen anerkannt und sollen deshalb zugelassen werden, jedoch müsse ihr Stimmrecht beschränkt werden. Bei der Abstimmung sprachen sich fünf Delegierten für den Kommissionsbeschluss, sieben Delegierte für den Antrag Huppmanns aus; zwei Delegationen, die deutsche und die schweizerische, enthielten sich der Abstimmung. Präsident Shaw interpretierte die Abstimmung in dem Sinne, daß die französischen Delegierten das Recht haben, sich unbeschränkt aktiv an den Beratungen zu beteiligen. Dann kam die Frage der Zulassung des russischen Delegierten als Vertreter der Bolschewistische Gruppe zur Verhandlung. Der Kongress beschloß, ihn nicht anzuerkennen.

In der Nachmittags-sitzung kam der Entwurf der Belgier für die neuen Statuten zur Verhandlung. Hierzu führte der belgische Delegierte Defardi u. a. aus: Neben der Forderung auf Sozialisierung und Herabsetzung der Arbeitszeit müsse auch der Kampf gegen den Krieg erklärt werden. Präsident Smilla erklärte, die Angelegenheit müsse zur näheren Prüfung und Anarbeitung dem internationalen Komitee unterbreitet werden, das dann auf dem nächsten Kongress Entschlüsse

einbringen könne. Der Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter erklärte, die Deutschen stimmten dem Antrage der Belgier zu, nur wünschten sie eine größere Herabsetzung der Arbeitszeit. In Deutschland hätten die Bergarbeiter bereits eine Arbeitszeit von sieben Stunden, und das Ziel muß die Sechsstundenschicht sein. Eine Arbeitszeit von acht Stunden gehört in Deutschland für die Bergarbeiter der Vergangenheit an. Präsident Smilla stellte fest, daß im Verlaufe eines neuen Krieges der internationale Bergarbeiterstreik erklärt werden müsse. Durch eine solche Erklärung würde ein Krieg unmöglich gemacht werden, denn ohne Kohle könnte ein Krieg nicht geführt werden. Hue (Deutschland), von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärte, daß er den Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, von ganzem Herzen annehme. Präsident Smilla schlägt vor, diese Angelegenheit dem internationalen Komitee zu überlassen, das dem Kongress noch vor Schluß Bericht erstatten soll. Die Verhandlungen wurden auf heute vormittag vertagt.

Die deutsche Reichstagsfraktion zur Kriegsschuld.

Wie der „Vorwärts“ heute mitteilt, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betreffend die Resolution des Ausschusses des Genfer Kongresses über die Kriegsschuldfrage folgendes Telegramm nach Genf geschickt:

„Fraktionsvorstand hält Zustimmung der deutschen Delegation zum Genfer Ausschussantrag für unmöglich, da Archive anderer Länder nicht geöffnet sind und deshalb solches Urteil über Schuldfrage ganz einseitig und ungerichtet wäre.“

Dieser Protest ist eine unbedingte Notwendigkeit! Ein Scherbengericht über Deutschland seitens der Internationale würde von den Diktatoren in Versailles doch nur zur Bemäntelung der eigenen Blutschuld am Kriege und ihrer Vergewaltigung des Friedens zu neuen Bedrückungen des deutschen Volkes mißbraucht werden. Die Internationale würde dabei auch dem Frieden und der Völkerverständigung unendlich mehr dienen, wenn sie sich mit dem gebotenen Nachdruck gegen den Gewaltfrieden von Versailles erklären und für seine Revision eintreten würde, statt alle „Schuld“prüfungen vorzunehmen, die praktisch keinem Menschen etwas nützen können.

Vom Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung sind sie ohnehin mehr als bedenklich. Ganz abgesehen davon, daß es nur ganz einseitige Prüfungen sein müssen, weil die Geheimdiplomatie der Entente ihre Archive sorgfältig verschlossen hält.

Die Gefahr für Warschau.

Wie die „Times“ aus Warschau melden, haben die englischen, amerikanischen und französischen Gesandtschaften in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Diese Aufforderung der Gesandtschaften hat in Warschauer Kreisen einen außerordentlich peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Ein Sowjet-Befehl für Hinzögern.

Warschau, 2. Aug. (R. A. L.) Der bolschewistische Stab der Nordwest-Front in Charkow sandte am 29. Juli einen Befehl, der von unserer Erkundungsorganisation aufgeschrieben wurde und folgendermaßen lautet:

In den Kommandierenden des Stabes der 12. Armee, den Genossen Kravtitsch:

Wir haben es verstanden, es so weit zu bringen, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes den Polen erst am 4. und nicht am 30. August werden. Das Frontkommando hat vom Stabe der Front den Befehl erhalten, daß die Truppen die Polen schlagen sollen, ohne sich um einen Termin oder eine Verpflichtung zu kümmern.

Dieser Befehl der vom Stabe der Front in Charkow der Nordwest-Front zugeht untergeordnet.

Krawallen in Frankfurt am Main.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeiger“ kam es gestern in den Adlerwerken Krieger zu schweren Demonstrationen. Die Arbeiter drangen in das Direktionsgebäude, schlugen den Direktor zu Boden, so daß er einen leichten Schädelbruch davontrug. Ein Teil der Arbeiter suchte erfolglos den Eingriffen zu schaden.

Schwere Ausschreitungen am Rhein.

Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus Köln meldet, kam es, als Beauftragte des Bürgeramts Zweibrücken nach Straßberg eintrafen, zu schweren Ausschreitungen. Die Dort-gehörigen empfangen die Entsandten mit Steinen und Pfeilen, schlugen sie nieder und verletzten sie schwer.

Deutschland und die Ostfrage.

In der gestrigen Sitzung des Deutschen Reichstages nahm der Außenminister Dr. Simons auch zu der Londoner Konferenz Stellung...

Was die Londoner Konferenz anbetrifft, so würde ich es für bedauerlich halten, wenn die Ostfragen ohne Heranziehung Deutschlands geregelt würden...

Mit Sowjet-Rußland können wir jeden Vertrag schließen, den wir wollen. Ich würde mich aber nicht auf Verträge mit Sowjet-Rußland einlassen...

Linksradikaler Terror in Jittau.

Nach einer Meldung der Staatskanzlei über die Vorgänge in Jittau hat über den Kopf der Gewerkschaften hinweg ein eigenmächtig gebildeter Aktionsausschuß sich als Inhaber der höchsten Gewalt ausgerufen...

Die Sozialdemokratische Partei und das Gewerkschaftsfortschritt haben sich gegen den Terror der Unabhängigen und Spartakisten erklärt.

Das Glücksspiel im Deutschen Reich.

Das Reichliche Telegraphenbureau verbreitet unter dem 2. August folgende halbamtliche Meldung: Bei Behörden mag man sich die Frage stellen...

Ein unabhängiger Revolutionär.

Im „Vorwärts“ vom Sonntag lesen wir über einen führenden unabhängigen Berliner Stadtverordneten:

Für seine Ideen in den Tod gegangen ist schon so mancher brave Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Keiner von den Herren scheute die Gefahren...

Daß er das wirklich ist, möge ein Beispiel beweisen: Als man im Juni 1919 wegen der Ermordung Semins einen Prozeß anhängte...

Möge er recht oft Gelegenheit haben, von der Tribüne des Reichstages herab der Berliner Bevölkerung zu sagen...

Kohlenhilfe, eine Menschenpflicht.

In der Artikel-Abhandlung des „Vorwärts“ ergreift Otto Spaß nun einmal das Wort zu Frankreichs Kohlennot...

wäre... Aus meiner Überzeugung als Sozialist und Kriegsfeind heraus trete ich für die gegenseitige Hilfe der Menschen und Völker ein...

Hier beziffert, kann den Gesamtbedarf an Kohlen für die europäischen Staaten infolge des Krieges auf 523 Millionen Tonnen Steinkohlen...

Dann weist er auf die Willigkeit der Bergarbeiter und Transportarbeiter hin, die Bestimmungen von Spa praktisch durchzuführen...

Zum Schluß heißt es: „Wir leiden alle miteinander. Darum soll man nun endlich das Schwert in die Scheide stecken und darin lassen...“

Ein Schandurteil auch in Mecklenburg.

9 Jahre Gefängnis trotz Amnestie.

Das Schwurgericht zu Schwerin verurteilte wegen angeblicher vorläufiger Lösung des Administrators Trosche drei Landarbeiter...

Es stehen noch weitere Prozesse zu erwarten. So sind die Mitglieder des Maschinen Aktionsausschusses wegen Mordversuch an dem Grafen Hahn...

Mit der großen Klappe...

In Bremen hielt der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der unabhängige Reichstagsabgeordnete Robert Dörmann...

Wir müssen sachlich und klar uns mit Andersdenkenden auseinandersetzen, aber diese Auseinandersetzungen müssen frei bleiben von allen persönlichen Zänkereien...

Robert Dörmann hat recht. Aber unaufrichtig ist doch, daß er selbst sich jetzt gegen Angriffe wehren muß...

Ausland.

Kadets Rolle in Moskau.

Das in Paris erscheinende Organ der Menschewitz: „La République russe“ veröffentlicht einen vom 26. Juni datierten Brief aus Moskau...

Darin heißt es u. a. über das Leben der Bolschewiki: „Was die Rolle der Kommissare anbetrifft, so wird aus dem Standard of life gar kein Hehl gemacht...“

Trotsky hatte im Januar einen großartigen Plan von Militarisierung der Arbeit und von Arbeitsarmeen verkündet...

Kadet war aus Deutschland erfrischt zurückgekommen und mit einer Anlage zum Kritiker: Er erlaubte sich in Privatgesprächen...

Das hier entworfen Bild der Tätigkeit Kadets dürfte, sagt der „Vorwärts“ hierzu, nach unserer Kenntnis seiner wandelbaren Persönlichkeit durchaus zutreffend sein...

Das russische Ostsee-Programm.

Ein bekannter bolschewistischer Politiker hat sich, nach einer Kopenhagener Meldung der „D. Z.“, anlässlich seines Besuches in Kiew über die jetzige Stellung der Räteregierung ausgesprochen...

Bezüglich der orientalischen Frage meinte der bolschewistische Politiker, daß der Besitz des Schwarzen Meeres für Räterußland absolut notwendig sei...

Militärischer Terror in Rußland.

Kopenhagen, 1. Aug. Wie die „Berlingste Tidende“ aus Romo meldet, hat der Präsident des revolutionären Kriegstribunals der russischen Sowjet-Republik mitgeteilt...

Polens Waffenstillstands-Bedingungen.

Amsterdam, 2. Aug. Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums erklärte dem Berichterstatter der „Times“ in Warschau...

Rumänische Mobilmachung gegen Rußland?

Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatum mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Bessarabien sofort zurückzuführen...

Der Bürgerkrieg in Irland.

Aus Amsterdam wird dem A. L. B. gemeldet: Die englische Regierung hat eine Anzahl ehemaliger Offiziere zur Dienstleistung in Irland unter die Waffen gerufen...

Steuerdemonstration in Wien.

Dem „Berl. Sozialist.“ wird aus Wien gemeldet, daß dort gestern eine große Demonstration des Mittelstandes sowie der Kaufleute und Gewerbetreibenden gegen die von der sozialdemokratisch gesteuerten Regierungsgewalt beschlossene neuen Steuern stattfand...

Danziger Nachrichten.

Wohnungsamt und Wohnungsnot.

Uns wird von einem Danziger Bürger, der zurzeit in Oliva als Eisenbahngeliebte notdürftig Unterkunft gefunden hat, über dieses leidige Thema geschrieben: Der Eingesender, der 28 Jahre Danziger Bürger ist, wohnt mit seiner achtköpfigen Familie (darunter erwachsene Söhne und Töchter) im Hause Langfuhr, Hauptstraße 51, das bis zum vorigen Jahre der Mittelstandsküche in Langfuhr gehörte. Diese verlor das Grundstück an einen Schneider Gottfroh aus Hochstrief, der in dem Grundstück eine Wohnung beziehen wollte. Aus diesem Grunde wurde der Eingesender am 1. April 1919 zum Mieteinigungsamt, das die Frist bis zum April 1920 'inausgeschob, und an das Wohnungsamt, das ihn als Wohnungsuchenden 'vornotierte'. Befürchtungen, die der Eingesender bezug. seine Familienangehörigen beim Wohnungsamt — bei immer näher heranrückender Zeit öfters äußerten, wurden von dem betreffenden Beamten wiederholt zerstreut mit Bemerkungen, wie „Gottfroh muß solange warten, bis Ihnen eine Wohnung zugewiesen worden ist, wir werden Ihnen schon zeitig eine Wohnung nachweisen“. Dies geschah jedoch nicht, und das Mieteinigungsamt traf die Entscheidung, daß ich zu räumen habe. Der Eigentümer G. erhob im April 1920 Klage auf Räumung beim Amtsgericht, mein Rechtsanwalt, der auf Grund der Entscheidung des Einigungsamtes den Anspruch auf Räumung anerkennen mußte, erwirkte im Termin am 1. Juni 1920 nur noch eine Räumungsfrist von einem Monat, bis zum 1. Juli 1920.

Vom Terminstage — 1. Juni 1920 — an bis Ende Juni und Anfang Juli ist das Wohnungsamt wiederholt durch meinen Rechtsanwalt durch Schreiben vom 2., 17. und 23. Juni aufgefordert worden, mir eine geeignete Wohnung zu weisen. Meine Ehefrau, die Bezirkshebamme ist, brachte ein Zeugnis des Kreisarztes Dr. Rosenbaum bei, wonach die mir seitens des Herrn Gottfroh zur Verfügung gestellte eigene Wohnung in Hochstrief für mich und meine Familie ungesund und gesundheitlich schädlich bezeichnet wurde. Auch sittliche Momente sprachen nach dem Urteil des Arztes mit. Man könne doch unmöglich Eltern und erwachsene Söhne und Töchter in zwei Zimmern unterbringen. Außerdem wurde die Existenzmöglichkeit meiner Ehefrau als Hebamme als unsicher bezeichnet. Dieses Attest war dem Schreiben meines Rechtsanwalts vom 17. Juni beigelegt worden. Die Schreiben des Rechtsanwalts wurden bis zum 27. Juni nicht einmal beantwortet. Auf eine telephonische Anfrage des Bureauvorstehers erklärte ein Beamter des Wohnungsamtes, „es gehe alles seinen Geschäftsgang“. Nun begannen meine Ehefrau und meine Tochter täglich zum Wohnungsamt zu laufen, alles ohne Erfolg. Den Herrn Vorsitzenden bekamen wir überhaupt nicht zu sprechen. Ja, am Tage unseres ersten Besuches dortselbst wurden erst die dort friedlich ruhenden Briefe meines Rechtsanwalts aus allen Winkeln hervorgeholt. Der Gerichtsvollzieher drängte auf Räumung oder auf Vorlage eines Schreibens des Wohnungsamtes, daß eine geeignete Wohnung nicht nachzuweisen sei. Aber auch hier versagte das Wohnungsamt.

Die segensreiche Tätigkeit des Wohnungsamtes endet damit, daß wir die Wohnung räumen mußten, ohne eine andere erhalten zu haben. Die Wohnung Gottfroh kam nach dem Obengesagten nicht in Betracht. Nur dem Umstande, daß mir durch meine vorgefetzte Behörde Räume in Oliva

zur einstweiligen Benutzung zugewiesen wurden, kann ich es danken, daß ich und meine Familie nicht obdachlos sind. Das geschieht einem Bürger Danzigs, der Jahrzehnte hier heimisch ist, wogegen hinzugezogene Fremde oft binnen kurzer Frist eine Wohnung vom Wohnungsamt zugewiesen erhalten haben sollen. Woran liegt das? Man muß unwillkürlich der Kritik des Stadtratsordnenen, der in einer der letzten Sitzungen dem Wohnungsamt Vorwürfe machte, recht geben.

Wer entschädigt den Eingesender bezüglich der erzwungenen großen Unkosten und den Ausfall der Einnahme aus dem Beruf seiner Ehefrau? Ich bemerke noch, daß ich seit ca. 15 Jahren nur Wohnungen von 3—4 Zimmern bewohnt habe. Trotzdem Ende Juni in meiner Nähe, Langfuhr, Hauptstraße Nr. 47, 3 Wohnungen mit je 4 Zimmern gewechselt wurden, war es mir nicht möglich, eine davon zu erhalten.

Die neuen Höchstpreise für Obst.

Eine Wirkung der Höchstpreise, die mit ihrer eigentümlichen Aufgabe nicht zu tun hat, läßt jetzt sogar diejenigen vor sich erschrecken, die sie allgemein begründen und denn sie müssen sollen. Diese Abneigung wird dadurch erzeugt, daß erfahrungsgemäß die Ware infolge der Profitsucht der Erzeuger und Händler in der Verfertigung verschwindet, so bald ein Höchstpreis festgesetzt wird. Das geschah erst unlängst wieder, als der Höchstpreis für Kartoffeln von 60 auf 55 Pfg. herabgesetzt wurde. Es genügt eben nicht die Regelung der Preise, wenn man nicht zugleich die Möglichkeit schafft, den Widerstand der Verkäufer dadurch zu brechen, daß man sie zwingt, die Ware auch tatsächlich zu dem festgesetzten Preise zu verkaufen. Wir haben immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen und vor allem eine strenge Kontrolle der Verkäufer gefordert. Zur Wiederholung dieser Forderungen zwingen uns die Verhältnisse, die die von Mittwoch eintretende Gebietsregelung der Höchstpreise für Obst schon jetzt verursacht. Viele freundliche Empfindungen sind durch diesen an sich mit Dank begrüßten Preisrückgang nicht gerecht. Man glaubt meist nicht mehr, daß die Behörden stärker als die Erzeuger und Händler sind. Deshalb wird befürchtet, daß auch jetzt nicht der Vorteil der mäßigeren Preise, sondern der für die Ernährung weit größere Nachteil des völligen Verschwindens des Obstes eintreten wird. Wie weit diese Furcht die Gemüter der Hausfrauen beherrscht, beweist die folgende an uns gerichtete Zuschrift:

„Mit Entsetzen lese ich in heutiger Nummer der 'Volksstimme' die neue Preisfestsetzung für Obst. Will man denn das Obst genau so verschwinden lassen, wie Kartoffeln, Blaubeeren, Kirichen u. a. m.? Denn wer glaubt noch daran, daß etwas auf den Markt kommt sobald die Höchstpreise für den betreffenden Artikel festgesetzt sind? Wenn das Wirtschaftsamt nicht die Macht hat, die Artikel auf den Markt zu bringen, so soll es die Finger davon lassen mit der Höchstpreisfestsetzung. Sehen wir doch mal die Kartoffeln an, wo sind sie? Kirichen und andere schöne Sachen, die eine Mutter ihren Kindern einmal für teures Geld kauft, um den Kindern den Appetit zu stillen, welchen Weg gehen sie hinten herum in die Häuser der Reichen, die können sich den Deutlichen Höchstpreisen. Genau so wird das mit dem Obst gehen. Am Bahnhof gibt es für Eingeweihte ganze Körbe mit Kirichen zu kaufen, aber nicht zu Höchstpreisen. Wo sind die Aufsichtsbeamten?“

Die zuständigen Stellen sollten alles daran setzen, um den Defizit aus der — nach den bisherigen Erfahrungen durchaus berechtigt — aus diesem Briefe spricht, durch die Tat zu widerlegen. So kann es einfach nicht weitergehen, daß ein Druck auf den Höchstpreis genügt, um die Waren verschwinden zu lassen. Eine Hilfe darf keineswegs in ihr Gegenteil umschlagen. Scharfe Kon-

trolle und strenge Strafen müssen hier, so bestmöglich wirken können. Wie es das Interesse der Verbraucher dringend fordert.

Auffindung einer weiblichen Leiche. Am Sonnabend Abend wurde am Strande auf der Weichselplatte am östlichen Ende des Eisenbahndammes eine weibliche Leiche angetroffen, die nach der städtischen Leichenhalle geschafft wurde. Jedem ein Hinweis wurde bei der Leiche nicht vorgefunden. Man nimmt an, daß die Leiche mit der Martha Benandowski identisch ist, von der am vorigen Montag die Handtasche und der Hut auf dem Weichselufer gefunden wurden.

Schießerei am Pakelwerf. Eine Schießerei, bei der drei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich in der Nacht zu Montag zwischen 1 und 2 Uhr in der Gegend des Pakelwerfs. Dort wurden die Arbeiter Eugen Bierlant, Artur Stanisch und Paul Gucke aus schweren Schußwunden blutend auf dem Fahrdamm aufgefunden. Besonders die beiden ersten waren durch Bauchschüsse schwer verletzt, so daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Alle drei wurden durch den Krankenwagen nach dem Städtischen Krankenhaus überführt. Wie die Sache entstand und wer der Täter ist, konnte bisher nicht festgestellt werden, da niemand in der Nähe der Verletzten gesehen wurde. In der Nähe wurden zwei Messer gefunden. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Prügelei unter Bekannten, bei der das Messer und die Schußwaffe schließlich ausschlaggebend waren.

Die Schüsse sollen nach Aufträgen der drei Verletzten von einem gewissen Artur Goldner, Schloßgasse 6, abgegeben worden sein, worauf dieser flüchtig wurde.

Aus dem deutschen Osten.

Der Kampf um den Weichselstrom.

Bei einem Empfang des Deutschen Ausschusses und des Warschauer Reichverbandes erklärte der stellvertretende Vorsitzende der interalliierten Kommission, der Engländer Beaumont, am Donnerstag, wie die „P. P. R.“ hören, die Entscheidung des Potsdamer-Tatals in der Frage des rechten Weichselstromes müsse abgewartet werden. Zur Vermeidung möglicher Täuschungen glaube er aber darauf hinweisen zu müssen, daß die Weichsel für Ostpreußen nur eine Verkehrsader zweiten Ranges sei, während sie für das polnische Wirtschaftskleben unumgänglich notwendig sei. Aus diesem Grunde habe der Vertrag von Versailles bestimmt, daß Ostpreußen freien Zugang zur Weichsel habe, die Kontrolle des Stromes einschließlich seines östlichen Ufers aber demjenigen Land überlassen werden soll, das das größere Interesse am Strom habe. Das Opfer, das Deutschland eventuell bringen müsse, sei geringer als der Verlust, der den Polen drohe.

Nach dieser Äußerung scheint die interalliierte Kommission der Bedeutung des Weichselstromes für Ostpreußen kein großes Gewicht beizulegen. Nun würde aber das polnische Schiffsverkehrsinteresse in keiner Weise leiden, wenn auf der Stromstrecke des Abflussgebietes das Ostufer unter deutscher Hoheit bliebe und das Ostufer von Deutschland reguliert würde, zumal die Ausschließung über diese Regulierung zugeht. Auf der anderen Seite würde es für Deutschland eine wirtschaftliche Unmöglichkeit bedeuten, bei dem Zugang zur Weichsel auf den polnischen Schiffsverkehrsridor angewiesen zu sein.

Daß der englische Kommissar aber von einem „Reinen Opfer“ am Weichselufer für Deutschland spricht, ist angesichts der ungeheuren Opfer, die Deutschland schon durch den Verlust Polens und Westpreußens hat bringen müssen und täglich durch den verlorenen Krieg aufs neue bringen muß, nicht zu rechtfertigen.

Renate.

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

So gingen wir in den tiefen Wald hinein, immer stiller wurde es um uns her, und immer mächtiger wuchs die Dunkelheit; nur kaum noch mochte ich Renates anmutige Gestalt erkennen, wie selbige unter den hohen Stämmen so rasch vor mir dahinschritt. War mir mitunter, als gaulere vor mir dort mein Glück, und müßte ich es halten, wenn ich es nicht verlieren wollte. Wüßte aber gar wohl, daß des Mädchens Sinnen ijo auf nichts als einzig nur auf ihren Vater zielte.

Endlich dämmerte es durch die Bäume wie graues Abendlicht, der Wald hörte auf, und da lag es vor uns — weit und dunkel; hier und da bläuferte noch ein Wasserläufer, und schwarze Löffelchen ragten daneben auf; ein großer dunkler Vogel, als ob er verlorenes suchte, revierte mit tragem Flügelschlag über dem Boden hin. An meiner Seite stand Renate; ich hörte ihren Atem gehen und konnte gewahren, wie ihre Augen angstvoll und nach allen Seiten in die vor uns hingestreckte Nacht hinausschauten; denn uns im Rücken hinter den gewaltigen Schatten des Waldes lag das letzte Tageslicht. Da müßte ich mit dem Psalmlisten sprechen: „Gott, du machest Finsternis, und es wird Nacht; aber Himmel und Erde sind dein; denn du hast sie gegründet und alles, was da wohnt in!“

Indem aber rührte Renate mit der einen Hand an meine Schulter, und mit der anderen wies sie auf das Moor hinaus.

„Was meinst du, Renate?“ fragte ich.

„Sehet Ihr nicht? Dort!“

Und da ich meine Augen anstregte, merkte ich fern im Dunste einen Schatten schreiten zu sehen; aber nur eines Atemzuges lang.

„War das dein Vater?“ fragte ich wieder.

„Da nicht! Er und sprach: Vergehet, mein Herz war trübselig; er ist schon jenseits unseres Moores auf der letzten Seite.“

„So laßt uns eilen“, rief ich; „ob wir ihn noch erreichen mögen.“

ist zu ersehen, daß der Studiosus Josias ein Musikfreund und mit seinem Vater der Ansicht Dr. Luthers war, die lateinische Sprache habe viel feiner musica und Gelanges in sich, daher man sie keineswegs aus dem Gottesdienste solle weglassen lassen.

Echon als Anabe hatte er zu den ausgewählten Schülern gehört, die dem derzeitigen Gutsverwalter Kantor Petrus Steinbrecher vor der Frühpredigt assistieren und „zur Ehre Gottes und zur Erweckung eines jeden Christen Devotion“ von der Orgel in die damalige gewaltige Kirche hinauf das Te Deum laudamus mitsingen. Hier in Schwabstedt werden derzeit sich auch noch Reste des lateinischen Kirchengelanges erhalten haben; denn es gelangt ihm — wo, ist nicht ersichtlich — eine Anzahl junger Kirchengänger und -sängerinnen um sich zu sammeln, wie es heißt „zur besseren Erleuchtung der bekannnten, sowie Erlernung einiger neu hinzugebrachter Lieder“. Renates Stimme, die „gleich einem silbernen Licht ob allen andern schwebete“, scheint den Jubel noch verhärtet zu haben, den die Bauernkinder so unbeschwert auf unsern Gottesgelahrten ausübte. Worauf sonst in jenem Sommer der Verkehr der beiden jungen Menschen sich erstreckt habe, ist nicht erkennbar; erst mit dem Ende desselben beginnen wieder die bis zu einem gewissen Punkte fortlaufend erhaltenen Zeile der Handschrift, der nun wieder wie vorher das Wort geflossen wird.

... war es eines Abends Ende Septembris, als ich mit meinem Vater sel. in dessen Studierstübchen über Abfassung einer Supplik an unsern allergnädigsten Herrsch. Seltsamkeit; denn da meinetwegen Vaterwegen übermäßiger Sinn in einem jugendliche Augen schwach besaßen, so hatte er es gern, wenn ich für ihn die Feder führte. Welche nämlich die Angelegenheit mit unserm Keller noch immer keinen Fortgang nehmen. Zwar hätte der Hofbauer, nur auf meine frühere Rede — denn mein Vater wollte ihn nicht um seine Dienste angehen — die Sache noch einmal in der Gemeinde fürbracht; aber die Bauern hätten ihn erwidert, der alte Pastor habe bei sel. „Wie gut predigt er, wenn so wird der Keller auch wohl für den neuen reichen.“

Es war nun an diesem Abend ein gar wüßtes Wetter, und brausete es draußen von dem Walde her, daß man hier innen oft die Worte kaum erfassen konnte.

„Schreibe nun ja!“ sagte mein Vater, indem er zu mir rückte. „Dögleich die meisten meiner Beilichhaber mir herzlich gern einen besseren Keller gemeter, so wovon doch derer, die halbsüßig dem Wittern; von Wittern Maji bis hieher habe kein frisch und kühl, sondern nur sauer Bier geholt; und was mir das vor eine Plage gewesen ist, Gott am besten bekannt; niemals aber vor solchen

Gaben Gottes, salvo honore, zum Schweinebraten hingelassen lassen, will ich hier freudig übergeben.“

Ich entfinne mich noch aller dieser Worte meines lieben Vaters; denn ich setzte die Feder ab, weil mich ein Bedenken hinderte, Hochwürdigste Gnaden also wegen des vorerw. sozaren Bier in Komposition zu nehmen. Als ich aber solches nun nur geduldet, hörte ich draußen auf der Hausdiele ein laut Geräusch mit unserer alten Margret. Wurde dann auch unsere Stubenrührer gewaltig aufgeregten, und erlitten ein Mann in seiner beschmutzten Bekleidungs-schreiner von meines Vaters Ritter und auch wohl geistlichen Standes, aber mit vollem braunrotem Antlitz, darauf ein Paar kleine, blanke Augen gar purtliche Wäde über uns hinlaufen ließen. „Salve, Christiane, conforter dilectissime!“ schrie er, „Romum gar spät unter dein gastlich Dach! Aber der Teufel, der mit all seinem scharten Widerstande allzeit auf den Haden ist, hatte mit seiner höllischen Kunst meinen Gaul vom Wege in das Moor hineingekauelt, also daß ich ihn durch ein paar Röhren zwischen den Pfählen habe müssen herabstürzen lassen; der Unsoberer hat es wohl gerochen, daß ich unter meinem Wamse eine neugeschmiedete Waffe gegen ihn am Leibe trug.“ Und dabei schlug der heilige Mann gegen seine Brust und zog alsdann unter seinem Mantel ein blaues Manuscriptum herfür; das warf er vor uns auf den Tisch in meine Schreiberei hinein. „Sieh da“, rief er, „mein höllischer Wampfen!“ hat zwar dem höllischen Schwanzgeißel, der unsern schändten Dr. Barthasar Bedera und seiner Bezauberten Welt den Teufel zugeht; aber der verurteilte Schwanz und Herrgott, der er sich immer mehr! Mit ihm in sel. ...

... hat mit der ...

(Fortsetzung folgt.)

Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg über Deutschland un-
pflöglich hereinbrach, erlitten auch der Fortbestand der Ge-
werkschaften auf das ernsteste gefährdet. Hunderttausende der
besten Mitglieder wurden den Verbänden durch die Einberu-
fungen zum Heeresdienst entzogen, und die plötzlich emge-
tretenen Unterbrechung des Erwerbslebens hatte eine Arbeits-
losigkeit in solchem Umfange zur Folge, daß die Gewerkschaften
den an sie gestellten finanziellen Anforderungen zu erliegen
drohten. Den vom „Korrespondenzblatt“ jetzt veröffentlichten
Kriegsstatistiken entnehmen wir darüber folgendes:

Zum Heeresdienst waren einberufen:

30. Januar 1915 34,1 Prozent, 31. Juli 1915 46,4, 31. De-
zember 1915 69,7, 30. Juni 1916 61,5, 31. Dezember 1916
64,1, 30. Juni 1917 62,2, 31. Dezember 1917 59,3, 30. Septem-
ber 1918 57,6 Prozent der männlichen Mitglieder.

Und mit tiefer Erbitterung nehmen wir durch die
trostlosen Zahlen Kenntnis davon, daß von der Gesamtzahl
der Eingezogenen am 30. September 1915 129 555 Mitglieder
= 9,2 Prozent in dem besten Mannesalter als Kriegssopie
auf den Schlachtfeldern gefallen oder in den Lazaretten ver-
storben sind. Ungeheure Opfer an Menschenleben, wenn
man sich diesen Todesanteil übertragen auf alle Eingezogenen
zusammenhängt vorstellt. Da mit dem 30. September 1918 die
Todeszahl noch nicht abgeschlossen war, wird man annehmen
können, daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als
Kriegssopie geblieben ist.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände

hatte bis zum Schluß des Jahres 1916 von Quartal zu Quar-
tal eine ständige Abnahme erfahren. Sodann trat eine Auf-
wärtsbewegung ein. Am 30. Juni 1917 kann eine eingetre-
tene Vermehrung um 139 438 Mitglieder = 14,7 Prozent
verzeichnet werden. Nach erheblicher Wankung im An-
nehmen an Mitgliedern bis Schluß des Jahres; sie betrug 187 628 =
17,2 Prozent. Bis zum 30. September 1918 stieg die Mit-
gliederzahl weiter, jedoch in geringerem Umfange, und zwar
um 128 653 = 10,9 Prozent. Die Aufwärtsbewegung der
weiblichen Mitgliederzahl trat erheblich früher ein als die der
männlichen. Schon am 30. Juni 1916 war ein Gewinn von
6970 weiblichen Mitgliedern = 4,9 Prozent festzustellen.
Numerisch am stärksten war die weibliche Mitgliederzunahme
vom 30. Juni 1917 bis zum Schluß des gleichen Jahres mit
76 817 = 24,7 Prozent. Die letzte Erhebung schließt ab mit
einer Vermehrung von 41 363 Mitgliedern = 12,4 Prozent.
Das Schlusergebnis der Kriegsstatistik ergibt folgendes: Es
betrug die Zahl der Mitglieder vor Ausbruch des Krieges
2 289 454 männliche, 224 181 weibliche, zusammen 2 513 635.
Dagegen waren vor dem 30. September 1918 1 039 970
männliche, 375 540 weibliche, zusammen 1 415 510 Mit-
glieder. Es ist demnach während des Krieges eine Abnahme von
1 093 665 Mitgliedern = 43,5 Prozent zu verzeichnen. Da
1 412 837 Mitglieder einbezogen waren, so ersieht die Ab-
nahme lediglich auf die Einberufenen. Die männliche Mit-
gliederzunahme allein befreit sich auf 1 249 475, während
sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 154 409 = 69,8
Prozent erhöhte. Die starke Vermehrung der weiblichen Mit-
glieder ist auf die während des Krieges erheblich gewachsene
Beteiligung der Frauen am Gewerkschaften zurückzuführen.

Die durch die Kriegsstatistiken gemachten Feststellungen
über den

Grad der Arbeitslosigkeit

geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslebens
während des Krieges. Die anfängliche September 1914 vor-
genommene Erhebung verzeichnete 379 126 Arbeitslose =
21,2 Prozent der an der Statistikfassung beteiligten Mit-
glieder. Die für diese Arbeitslosen aufgewandte Unterstützung
betrug wöchentlich 1 618 190 Mark. Am 31. Oktober ist die
Arbeitslosenzahl bereits auf 10,5 Proz. zurückgegangen. Ende
Januar 1915 und nur noch 6,6 Prozent der berichtenden Mit-
glieder arbeitslos, und die Erhebung vom Ende Juli weist mit
2,6 Prozent schon einen etwas geringeren Grad der Arbeits-
losigkeit auf, als er in dem gleichen Monat 1913 und 1911 be-
stand. Die Arbeitslosenzahl sinkt nun fortgesetzt, mit einer ge-
ringeren Abweichung im Dezember 1917, und stellt sich Ende
September 1918 auf 1,8 Prozent. Die anfängliche starke Ar-
beitslosigkeit (Schluss im letzten Jahre) haben um in eine erheb-
liche Nachfrage nach Arbeitskraft, die Kriegseinduzierte ar-
beitete mit überhafter Anstrengung, um den Bedarf des
Krieges zu decken. Während der ganzen Dauer des Krieges
war die Arbeitslosigkeit bei den Frauen erheblich stärker als
bei den Männern.

Im den Zahlen der Arbeitslosen allein kommt jedoch die
nach Ausbruch des Krieges eingetretene Beschäftigungslosig-
keit nicht zum vollen Ausdruck. In großem Umfange wurde
in verschiedenen Gewerben eine starke Verkürzung der Ar-
beitszeit vorgenommen, um die nötige Arbeitslosigkeit mög-
lich einzuschränken. Von den Zentralverbänden ist versucht
worden, auch eine Ueberbrückung über den Grad der zeitweiligen
Beschäftigungslosigkeit zu gewinnen. Die ermittelten Zahlen
sind recht erheblich und geben mit Ausnahme der Erhebung
vom 31. Oktober 1914 weit über die der Arbeitslosen hinaus,
obwohl annehmen ist, daß von den Erhebungen die teil-
weise Beschäftigten nicht so völlig erfaßt wurden als die
Arbeitslosen. Am 31. Oktober 1914 wurden gezählt 122 545
= 7,4 Prozent und am 30. Januar 1915 109 925 = 7,6 Pro-
zent bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigte Personen. Die
niedrigsten Zahlen der zeitweilig Beschäftigten weisen die Er-
hebungen vom ersten und zweiten Halbjahr 1917 mit 16 765
= 1,6 Prozent und 19 550 = 1,5 Prozent auf. Am 30. Sep-
tember 1918 wurden 28 725 Personen = 2,1 Prozent der
berichtenden Mitglieder als nur teilweise beschäftigt gezählt.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Aus-
bruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Störung des
Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Verbände für
unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die tagungs-
mäßigen Unterstüßungen im vollen Umfange weitergewährt
werden könnten. Die Einschränkung der tagungsmäßigen
Unterstützungen aber war nicht von langer Dauer. Bei
einem Teil der Verbände war sie überhaupt nicht erfolgt.
Bereits im Anfang des Jahres 1915, als sich die Wirtschaft-
lage wieder besserte, konnte der Ausnahmezustand be-
seitigt und zur vollen Gewährung der Unterstüßungen über-
gegangen werden.

Die Kriegsstatistiken geben von den

Unterstützungsausgaben der Zentralverbände

ein von den Gewerkschaftstatistiken abweichendes Bild. Es
erscheint hier die Ausgaben nicht in jährlichen Abständen,
sondern sie werden durch die Methode der Fortschreibungs-
zahlen als Gesamtleistung während des Krieges in fünf-
wöchentlichen Zeiträumen zur Augen geführt. Es herausgabten die

Verbände vom Beginn des Krieges bis zum 30. September
1918 78,7 Millionen Mark für Unterstüßungen aller Art.
Davon entfielen 25,8 Millionen auf Arbeitslosen- und 26,9
Millionen auf Familienunterstützung. Schon bis zum 31. Ok-
tober 1914 waren 12,8 Millionen an Arbeitslosenunterstützung
gezahlt worden, und am Schluß des ersten Kriegsjahres, dem
31. Juli 1915, belief sich diese Ausgabe bereits auf 21,6 Mil-
lionen Mark. Im weiteren Verlauf des Krieges trat dann
nur noch eine Steigerung dieser Ausgabe um 4,2 Millionen
ein. Anders gestaltete sich die Entwicklung der Ausgabe für
Familienunterstützung. Diese Ausgabe betrug am Schluß des
ersten Kriegsjahres 10,4 Millionen Mark, vermehrte sich dem-
nach, noch bis zum 30. September 1918 um 21,1 Millionen
Mark. Ein lehrreicher Vergleich ergibt sich bei Berechnung
des prozentualen Anteils der beiden Unterstüßungen an der
Gesamtausgabe für Unterstüßungen. Von 100 Mt. Gesamt-
unterstützung kamen am Schluß des ersten Kriegsjahres 59
Mark auf Arbeitslosen- und 28 Mark auf Familienunter-
stützung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die
Arbeitslosenunterstützung hat sich während dieser Zeit um
26 Mt. verringert und der Anteil der Familienunterstützung
um 6 Mt. erhöht. Der auf die Arbeitslosenunterstützung am
Schluß des ersten Kriegsjahres entfallende Anteil von 59 Mt.
bildete das Höchstmaß; er verringert sich von diesem Zeitpunkt
an fortgesetzt. Bei der Familienunterstützung steigt der
Anteil dagegen bis zum Schluß des Jahres 1918 bis auf
37 Mt. und hält sich dann bis Ende 1917 auf gleicher Höhe.

Eine schwere verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die
Arbeiterchaft zu leisten, nachdem sie durch den Zusammen-
bruch der autoritären-militaristischen Staatsverfassung
Deutschlands frühzeitig vor die Lösung sozialistischer Auf-
gaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung
der Fall gewesen wäre. Wenn der Strom auch manchmal
wilt über die Ufer brandeln und es zeitweilig schieben, als wolle
er die Dämme durchbrechen, sich ins Weite ergießen, so hat
sich doch aus den Wirren der Zeit das Proletariat sein bestes
Gut gereizt: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie
zu wahren und zu schützen, muß erste Aufgabe aller bleiben,
die mit heißem Herzen den endgültigen Sieg des Sozialismus
herbeiführen.

Soziales.

36. Kongreß Dentischer Dentisten, Nürnberg.

Die erste Kreiserversammlung der Deutschen Dentisten-Verbände vom
24.-26. Juli war sehr stark von Delegierten der 40 Landes- und
Vereinigungsvereine, auch aus dem besetzten Gebiet, besucht und er-
lebte eine Reihe hochwichtiger, auch die Allgemeinheit interessier-
ender Fragen. Dazwischen wurde durch Herrn Paul Jander
vertreten. Neben dem Ausbau der inneren Organisation, der
Neugründung einer Anzahl Lehrlings-Hochschulen und zwei wei-
terer Fortbildungs-Institute in Leipzig und Karlsruhe war vor
allem die Frage der staatlichen Dentisten-Prüfung auf Grund des
§ 125 der R. V. D. Gegenstand eingehender Beratungen. Mehrere
vorangegangene gemeinsame Sitzungen zwischen Vertretern der
Dentisten, der Zahnärzte und des Berufsärztlichen Ministeriums für
Soziale Hygiene unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Geßl haben
diese schon einige frage im wesentlichen geklärt. Nun wird auch
Dresden, nachdem zuerst Glogg-Verhandlungen, dann Glogg und Baden
staatliche Dentisten-Prüfungen eingeführt hatten, diese im öffent-
lichen und Verbandsbereich für beschleunigtere Maßnahmen treffen.
Es ist hierdurch eine Gewähr für die fachliche Ausbildung und
Zuverlässigkeit der Dentisten gegeben und ist vor allem die Zu-
kunft unendlich ansehbarer Elemente, die durch die bestehende
Ausbreitung möglich war, zur Krankenversicherung, Schulgesund-
pflege und sonstiger sozialer Aufgaben unmittelbar gemacht. Es wird
nur eine Frage der nächsten Zeit sein, daß auch die übrigen Bun-
desstaaten besonders Bayern, Württemberg und Sachsen diesem
Beispiel folgen.

Ueber die Ausfichten im Dentisten-Beruf herrscht die ein-
stimmige Ansicht, daß infolge des außerordentlichen Zustromes
chemischer Stoffe und zur Zahnheilkunde vor dem Erscheinen des
jahrhundertlichen Berufes nur dringend gehandelt werden kann, da
sonst bald auf Jahre hinaus die Beschaffung einer Berufs-Einstellung
ohne sehr beträchtliche Kapitalien bei der heillosen Preis-
steigerung für alle Instrumente, Apparate, Maschinen und Ma-
terialien ganz unmöglich ist. Diese Preis-Erhöherungen wurden unso-
fortbar, als vielfach ausländische Rohmaterialien und Fabrikate
(Kunststoff, Kunstgummi, Kunstsilber, Kunstgold und andere
Edelmetalle) gebraucht werden, wodurch naturgemäß auch eine we-
sentliche Verteuerung der Zahn-Behandlungen eintreten mußte. Ganz
besonders Gerüst- und Zahntechnik bedarf durch geeignete
Maßnahmen die Möglichkeit zu schaffen, daß auch dem unter der
Schwere der Zeit ganz besonders leidenden Teile unserer Volkst,
der weder finanziell noch mit den modernen Verhältnissen
angehörigen Einkommen vorliegt, die Zahnbehandlung zu er-
schwinglichen Preisen gesichert wird. Die in weiten Kreisen des
Volkes bestehende und durch die wüsten Gold- und Platinrefu-
sionen gewalttätiger Goldschmelzer erhaltene Furcht der in
schwierigen Verhältnissen lebenden Bevölkerung vor den Kosten
der Zahnbehandlung, um das Volkswohl zu fördern, ist Pflicht und Aufgabe aller
Gesellschaftler, um das Volkswohl zu fördern, zumal die
Zahnheilkunde bei dem allgemeinen Gesundheitszustand ein sehr wich-
tiges Element ist.

Dem Schluß wurde von dem Kongreß beschlossen, für Auf-
klärung darüber Sorge zu tragen, daß das Publikum sich nicht durch
die während des Krieges emporgeschobenen Auswüchse des Be-
rufs und die von diesen herbeigeführte Verunsicherung über die teil-
weise beschleunigten Preissteigerungen in Irrenstand zu bringen
lassen. Gewerkschaften, möglichst schweigend und möglichst billige
Behandlung legen doch im Interesse eines jeden Fachmannes und
bedürfen derartige Selbstverständlichkeiten keiner besonderen Be-
tätigung. Es wird fernab der Standesvertretung die Öffentlich-
keit im richtigen Interesse gebeten, allen öffentlichen Reflektoren über
Zahnbehandlungen weitestgehende Vorsicht entgegenzubringen.

Heiratsangelegenheiten nach Österreich und Mädchenhandel.

Gleichzeitige Agenten verziehen durch Anzeigen in deutschen
Hilfsblätterlichen Zeitungen Heiraten zwischen deutschen Mädchen
mit in Österreich anwesenden jungen Männern zu vermitteln.
Neben diese Verträge auch zum Teil ehelich gemacht, so muß
auch entschieden vor dieser ganzen Art von Heiratsvermittlung ge-
warnt werden, da die Gefahr besteht, daß uneheliche Elemente, die
auf Mädchenhandel ausgehen, die Gelegenheit zu nützen.
Ueber die Verlässlichkeit des angeblichen „Schutzganges“ wird nur
in dem letzten Fall eine vollkommen sichere Auskunft zu er-
langen sein, und jungen Mädchen, die auf solche Offerten hin bet-

trauensvoll die Ueberfahrt wagen, können dröben die schlimmsten
Schicksale beschieden sein. Nur wer in Uebertrieb nahe Verwandte
oder langjährige gute Bekannte besitzt, mag dort auf die angeben-
tete Art sein Glück versuchen, allen anderen jungen Mädchen ist die
Auswanderung auf so zweifelhafte Angebote hin aufs dringendste
zu widerraten.

Aus aller Welt.

Spänen der Großstadt.

Ein Expreßpaar, das in ganz die Ufer und unerschütterter
Weise sein unauferbares Gewerbe betrieb, wurde von der Berlin er
Kriminalpolizei unerschütterlich gemacht. Sein letztes Opfer, das sich
schon vollständig in den Expreßhänden befand, wußte sich nur da-
durch zu retten, daß es sich an die Kriminalpolizei wandte. Der
Mann hatte eines Abends die Bekanntschaft eines jungen Mädchens
gemacht, mit dem er eine Vergnügungstour unternahm, die im
Hotel des Mannes endete. Die Schließstunden waren kaum vorbei,
als am anderen Morgen bei dem Hotelgast ein junger Mann er-
schien, der sich in großer Erregung zu befinden schien und dem
Fremden einen wüsten Vorwurf machte. Aus den Vorwürfen, die
er dem Mann machte, war zu entnehmen, daß er seine Frau ver-
führt habe und dafür von ihm Vergeltung fordere. Er wurde je-
doch immer ruhiger und schließlich gab er sich auch schon mit einer
Entschädigung statt der Vergeltung zufrieden. Zunächst ließ er
sich 200 Mt. als Anzahlung auf eine große Entschädigungssumme
zahlen und vereinbarte weiter eine wöchentliche Zahlung von
200 Mark. Diese zweite Rate hob der „Praktikum des verführten
Mädchens“ pünktlich ab. Seine Forderungen wurden jetzt immer
dreister und höher, so daß der Mann sich keinen Rat wußte, als sich
an die Kriminalpolizei zu wenden. Diese nahm nun den Expreß
fest, als er die dritte Wochenrate in Empfang nehmen wollte. Er
entpuppte sich als ein Dentist Kurt Rudolf, der Expreßselbstzüge
dieser Art mit seiner Geliebten, mit der Zeit und Stube teils
gemeinsam betrieb.

Arbeit der Berliner Expreßier.

Ein Berliner Expreßier, der zur Deckung seines Bedarfs auch
Schleichhandelsware gekauft hatte, erhielt einen Brief, in dem ihn
der Schreiber aufforderte, unter einer bestimmten Postadresse 20 000
Mark zu zahlen, andernfalls er dafür sorgen werde, daß seine
Existenz vernichtet würde. Der Expreßier ließ sich mit dem Expreßier
jedoch erst gar nicht ein, machte sich an die Kriminalpolizei, und
diese nahm einen jungen Mann fest, der auf dem Postamt erschien,
um dort nach einem Briefe unter der angegebenen Adresse zu
fragen. Dieser gab an, von einem Unbekannten den Auftrag zur
Abholung des Briefes erhalten zu haben. Auf dem Polizeiprä-
sidium gab er auch eine Probe seiner Handschrift, die mit der des
Expreßierbriefes gar nichts gemein hatte. In der Voraussetzung,
daß er dennoch von dem Expreßierbrief etwas wisse, wurde in seiner
Wohnung eine Durchsuchung vorgenommen. Die Kriminalpolizei
hoffte unter den an den Verhafteten gerichteten Briefen eine Hand-
schrift zu finden, die die charakteristischen Merkmale des Expreß-
schreibens enthielt. Sie entdeckte sie endlich auch, und zwar zu
ihrer Ueberzeugung auf der polizeilichen Anmeldeung. Und diese
war, wie die Wirtin befandete, von dem jungen Mann, einem
gewissen Kurt Hart, selbst geschrieben. Er gab nun auch zu, den
Brief geschrieben und auf dem Präsidium seine Schrift versteckt
zu haben. Er räumte weiter ein, daß er ihn auf Veranlassung
eines Fritz Jung geschrieben hatte, der mit dem Expreßier in Ge-
schäftsverbindung gestanden hatte. Auch dieser wurde jetzt fest-
genommen und beide dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Verbrecherkampf in Charlottenburg.

Zu einem Feuergefecht zwischen Polizeibeamten und Einbrechern,
bei dem ungefähr 30 bis 40 Schüsse gewechselt wurden, kam es in
der Nacht zu Donnerstag in der Eichenallee zu Charlottenburg. Eine
Anzahl Einbrecher vom Wedding, die unter Führung des flecht-
lich geflüchteten Richard Heimlich steht und den Namen
„Die rote Hand vom Wedding“ führt, hatte es auf die Plünderung
einer Villa abgesehen, deren Besitzer sich auf der Sommerreise be-
findet. Während des Einbruchs wurde sie von den Beamten der
Sicherheitspolizei überfallen und gestiftet. Die Verbrecher, die alle
bemerkelt waren, eröffneten sofort ein Feuergefecht auf die Be-
amten, die aus einer Deckung die Schüsse erwiderten. So waren
ungefähr 30 bis 40 Schüsse gefallen, als es die Einbrecher vorzogen,
die Flucht zu ergreifen. Durch einen Signalfiff war auch der
Kriminalkommissar Ohme von der Eichenburgwache aufmerksam
gemacht worden. Gerade in dem Augenblick, als er in die Eichenallee
einbiegen wollte, lief ihm ein Mann ohne Kopfbedeckung entgegen.
Ohme griff sofort zu und verhaftete den Flüchtling, der außer
einem Revolver noch eine Flasche Schwefelsäure bei sich führte. Der
Verhaftete ist ein gewisser Walter Bio, der Mitglied der sogenann-
ten Weddingkolonne ist. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß alle
Mitglieder nicht nur mit Schutzwaffen, sondern auch mit Schwefel-
säure ausgerüstet sind, um davon im Nahkampfgebrauch zu machen.

Ein goldenes Stadtbuch gestohlen.

Aus dem Amtszimmer des Oberbürgermeisters in Garburg
wurde das goldene Stadtbuch gestohlen. Der Verlust ist für die
Stadt schwer, da das Buch großen geschichtlichen Wert hatte.

Zusammentoß mit französischen Soldaten.

Noch ist der Zwischenfall zwischen Antantoffizieren und Reizen-
den auf dem Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin nicht aufge-
klärt, und schon wieder ist es am Donnerstag morgen in Berlin zu
einem Zusammentoß mit Soldaten der französischen Militärmission
gekommen. Der Panzerfahrer Lehrens wurde Donnerstag
gegen 9 Uhr in der Mauerstraße, nahe der Mohrenstraße, von zwei
französischen Soldaten angerempelt. Es kam zunächst zu einem
Wortwechsel, in den sich zwei andere französische Soldaten mischten,
dann aber ging einer der Franzosen zu Tätlichkeiten über und ver-
letzte dem Panzerfahrern der sich die Beschäftigten in höflicher
Form verbot, einen Faustschlag in das Gesicht. Lehrens fiel da-
durch zu Boden. Inzwischen hatte sich eine große Menschenmenge
angesammelt, die die Partei des Beamten ergriß. Die Franzosen
sahen jedoch von ihren Schwärmern, groben Beschimpfungen un-
ter Belästigungen nicht ab, so daß sich die Empörung des Publikums
steigerte. Da die Soldaten Gefahr liefen, von der Menge ange-
griffen zu werden, mußten sie in das Hotel „Der Kaiserhof“ am
Wilhelmsplatz flüchten. Auf der Flucht dorthin gab einer der
Franzosen aus seinem Revolver einen Schuß auf die erröte Menge
ab, der glücklicherweise niemand verletzte. Das Publikum, das über
den Schuß sehr erregt war, folgte den fliehenden Franzosen und
nahm vor dem Hotel, das hinter den Franzosen geschlossen wurde,
eine bedenkliche Haltung ein. Die Sicherheitspolizei wurde tele-
phonisch gerufen und nahm die Entensoldaten, die zunächst nach
dem Polizeirevier am Kupfergraben gebracht wurden, in Schutz.
Ein im Kaiserhof wohnender Major der französischen Mil-
itärmission leitete sofort eine Untersuchung über den Vorfall ein.

Danziger Nachrichten.

Stärkere englische Befehlung?

Die Verhängung des Ausnahmezustandes über Danzig durch Oberkommissar Tower und General Hanfing mußte naturgemäß mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen werden. Das war schon deshalb begreiflich, weil die Verhängung ohne weiteres auf dem Wege der Diktatur erfolgte. Es war gar nichts Demokratisches an der sehr vieldeutigen Proklamations und dem Erlaß, durch die die Danziger plötzlich mit dem Befehl überrascht wurden, daß sie von sofort der Befehlsgewalt des obersten Truppenführers der Entente unterstellt seien. Fast hätte es den Anschein, als ob die neue „Bereinbarung“ von Spa auch in Danzig vollstreckt werden sollte, das die Entente doch zu keinem Blitze als „Freie Stadt“ gewaltsam von Deutschland gerissen hat.

Nun bedroht täglich der Belagerungszustand diese „Freie Stadt“. Und allein das von den meisten Einwohnern Danzigs unumgänglich wahrzunehmende Hochgehen der Freistadflagge auf dem Generalkommando, dem Amtssitz des Generals Hanfing, bestimmt den Eintritt des Belagerungszustandes! Das hiesige Blatt der Unabhängigen wendet sich übrigens mit keinem Wort gegen die englische Militärdiktatur, obwohl sie doch selbst die schwersten Beschränkungen der Versammlungsfreiheit bringt!

In Verbindung mit dieser ganz ungewöhnlichen Verhängung des Ausnahmezustandes bringt die Londoner „Daily Mail“ eine höchst sonderbare Meldung. Aus Rotterdam wird darüber unter dem 31. Juli folgendes berichtet:

„Wie die „Daily Mail“ meldet, wurde infolge der Arbeiterunruhen in Danzig, die die Transporte für Polen unumgänglich machen könnten, die Verstärkung der allierten Truppen in Danzig um 6000 Mann angeordnet. Die Verstärkungstruppen seien bereits Freitag früh nach Danzig eingeschifft worden.“

Die „Daily Mail“ gelten allerdings keineswegs als besonders zuverlässig. Trotzdem ist es nicht zu glauben, daß das Blatt eine Nachricht dieser Tragweite einfach erfunden haben sollte. An hiesigen amtlichen Stellen sollen Nachrichten noch keine Bestätigung der Meldung erhalten haben. Das ist doch so sehr selbstverständlich, daß wir darin am allerwenigsten eine Widerlegung des Londoner Blattes erkennen können.

Die katholischen Lehrer im Schulkampf.

Der Kampf gegen die Simultanschule

wird selbstverständlich mit besonderem Eifer von den katholischen Lehrervereinen geführt, die sich schon grundtätig zur Herrschaft der Kirche über die Schule bekennen. Es ist daher gar kein Wunder, daß auch der „Verein der katholischen Lehrer und Lehrerinnen des Freistaats Danzig“ in seiner am 31. Juli im St. Josephshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung einen Vorstoß gegen die ihnen geradezu verhasste Simultanschule unternommen hat. Mit einer Einmütigkeit sondergleichen, die allein schon für die Unbilligkeit der Vertreter der Beternisschule zeugt, wurde behauptet, daß es endlich Zeit sei, wegen der erschreckend zunehmenden Verrohung der Jugend, die auch durch die Vorgänge am Landeshause bewiesen werde, an die Verfüllung der Menschheit heranzugehen. Das sei nur durch die Bekennnisschule und die von ihr geförderte auf die Religion gestützte Sittlichkeit möglich. So sprach es schließlich auch noch eine sogar einstimmig angenommene Resolution aus.

Wir sind maßlos darüber erstaunt, daß Lehrer und Lehrerinnen ihren schönen Beruf in dieser Weise herabwürdigten konnten. Wer hinderte denn die katholischen Lehrkräfte, in der Simultanschule die Sittlichkeit zu fördern? Und womit wollen sie denn beweisen, daß die durch Kriegsnot und Elend verursachte sittliche Vernachlässigung der Jugend die Schuld der Danziger Simultanschule ist? Jedenfalls sollten die Herrschaften, die so grobe Beschuldigungen gegen die Vertreter einer kirchlich nicht gegängelten Weltbetrachtung richten, niemals übersehen, daß Kabeisvergehen gerade dort zu Hause sind, wo die konfessionelle Beternisschule seit langem wirkt. Der gut katholische Mörder Rudzinski kann doch schließlich auch nicht mehr als Opfer der Simultanschule bezeichnet werden. Die Kirche konnte doch nach seiner Ermordung aus der Schule so lange auf ihn unmittelbar einwirken, daß die fegensreichen Folgen, die die oben erwähnte Resolution der religiös gestützten Sittlichkeit nachrühmt, sich ganz anders hätten zeigen müssen.

Kunst und Wissen.

Joppoter Stadttheater.

Goethes „Torquato Lasso“ (mit Hans Mühlhofer).

Nicht das war es, daß Hans Mühlhofer vom Berliner Stadttheater den Lasso gab, der kein Lasso war, schwarz der Gestalt ein herrlicher Sprechkünstler und im Besitz eines sehr modulationsfähigen und klingenden Organs ist, dem man Stundenlang mit Genuß zuzuhören vermag? obgleich er uns keinen Augenblick mit Volkstümlichkeit quält, und alle Menschlichkeit nach und nach vor uns hinstellt. Aber Lasso ist nun einmal jung, nicht als jung. Und so behandelt ihn auch diese beiden Frauen, so behandelt ihn der Fürst und Antonio. Mühlhofers Lasso war aber nur marginal jung, und auch der wunderliche Herr Goethes wurde von ihm nur edel und mustergültig gesprochen, wo er gesungen werden muß. Mühlhofers Lasso ist von Anfang an von einem unjünglingshaften Ernst verhängt, statt daß der Wassermann des Lebens von ihm strahlt, der auch durch alle Kräfte um ihn und in ihm nicht in herbe Männlichkeit umgestaltet werden kann. Denn bei allem, was hinter und vor ihm liegt: die weiche, zerstreute Jugendzeit, die schweren Innenschmerzen am Hofe, es muß Jugend von ihm anreden, die sich nicht vorwärts lösen läßt; man darf seinen Augenblick vergewahren. Was er tut, entwickelt seinem Jungsein. Dies Gefühl aber hinterließ Mühlhofer nicht, und so kann man ihm nicht das Gefühl entgegenbringen, ohne das Lasso ein Un Ding wird: Kiffen stülpen.

Auch nicht das war es, daß Hugo Stern eher als der Herzog Ferrara Goethes war, auf diesem Boden fast so wiegt (und mit der richtigen Souffleuse in einem Wettbewerb zu treffen schien), daß Max Friedrichs köstlich junge Stimme, die manchmal wie Telebankstahl klingt, für den weitgereisten Antonio nicht langt, auch wenn er noch so beherztig ausschaut, daß die beiden Leonoren (Vertraut Leida und Frieda Reginald) höchstens beides Rollen gaben, all dies war es nicht, sondern was mich an der gestrigen

sein, durch diese überausende Herabwürdigung der Simultanschule können die Inquisitoren der konfessionellen Schule die Güte ihrer Sache niemals beweisen. Unsere Zeit fordert die Veröhnung und Verständigung der Menschen unter Ausschluß zeitlicher Rechthaberel und engherziger Herrscherrel. Dieses Ziel ist nur durch die Simultanschule zu erreichen.

Hausagratische Mobilmachung.

Wenn alles für die „Freiheit“ der Auswanderung schwärmt, dürfen die Hausagrater selbstverständlich nicht zurückbleiben. Sie gehören, vor allem in Danzig, fast zu den selbstlosesten Menschenfreunden und unegoistischsten Volksgenossen. Daher können sie auch sehr wohl zurückbleiben, wenn es gilt, am Werke der „Befreiung“ des Kapitals von brüderlichen Fesseln zu wirken. Die Hausagrater wünschen die Beschleunigung ihrer „Freiheit“ durch das hiesige Mietvereinsamt usw. schon längst zu allen Teufeln. Doch wagte man sich noch immer nicht ganz deutlich mit der Sprache heraus. Nun hat sich für Langjahr unlängst ein besonderer Hausagraterverein, der etwa 100 Mitglieder zählt, gegründet. Im ingedulichen Latenzdrang ist er als Stützpunkt des Mietwunders nötig gegen die Unfreiheit des — Hausgrates Loszuges. Am 27. Juli hat man folgende Resolution zu beschließen geneigt:

„Der langjährige Grundbesitzerverein hält die bisherige Zwangswirtschaft im Mietwesen für unerträglich und verlangt deren schleunige Beseitigung; insbesondere muß das Wohnungsamt sofort abgeschafft werden, da es durch seine Tätigkeit den Mietern nicht im geringsten nützt, der Allgemeinheit aber enorme Kosten verursacht. Die Schlichtung der Mietstreitigkeiten soll sofort aufgehoben werden. Die Vertragsfreiheit zwischen Mieter und Vermieter, auf die der Grundbesitzer als auf ein Grundrecht jedes Bürgers Anspruch hat, ist wieder herzustellen.“

Ganz wohl muß den Herrschaften, die sich so empört gegen die abscheuliche Zwangswirtschaft und für die göttliche Vertragsfreiheit einsetzen, wohl nicht gemeldet sein, sonst hätten sie mit der Veröffentlichung ihrer Resolution doch wohl nicht so lange gewartet. In der Versammlung ging der Latenzdrang sehr hoch. Man will sich den Entscheidungen des Wohnungsamtes in keinem Falle mehr fügen, sondern stets gerichtliche Einschreibung anrufen.

Die Tätigkeit des hiesigen Wohnungsamtes erscheint auch uns, wie die bekannten Verhandlungen der Stadtkommissionenversammlung bestätigt haben, gewiß nicht ideal. Der Reformvorschlag der Hausagrater geht aber nach einer ganz anderen Richtung. Ihre Freiheitsdrang will die alle Willkür der Hauspächter in der Zeit des schlimmsten Wohnungsmanget wieder einführen. Was das praktisch bedeuten würde, davon gibt selbst das entsetzliche Danziger Wohnungsamt, das schon vor dem Kriege herrschte, nur ein ganz schwaches Bild. Wenn die Hausagrater zu allen Akten der Zeit noch neue hinzufügen wollen und dem beherrschenden Schatz der Mieter, so unvollkommen er auch ist, den Krieg erklären, dann darf nicht vor der notwendigen Abwehr zurückgeschreckt werden. Die Freistadt ist in der Lage, Gesetze zu schaffen, die die Entziehung der Wohnhäuser solcher Hausbesitzer ausprechen, die kein Verständnis für das Allgemeinwohl haben. Von dieser Möglichkeit muß im gegebenen Falle vollständiges Gebrauch gemacht werden. Die Hausagrater können sich zu allererst als Wohltäter Danzigs rühmen. Sie müssen doch nur von den Mietern unterhalten werden und sollten deshalb unendlich beschämender anstehen, als es durch die oben wiedergegebene Resolution geschieht.

Neue Verhaftung im polnischen Korridor.

Eine neue Aufsehen erregende Verhaftung erfolgte Sonnabend morgen auf dem Bahnhof in Neustadt. Der frühere Kriminalbeamte Luer aus Marienburg, der sich auf der Fahrt nach Berlin befand, wurde aus dem Schnellzuge heraus, obwohl sein Pass in Ordnung war, verhaftet. Luer war früher in Marienburg bei der dortigen Sicherheitswehr tätig und hatte Verbindungen mit dem ostpreussischen Heimatsdienst. Die Polen nahmen an, er sei für das Deutschtum im Abstammungsgebiet tätig und setzten ihn auf die schwarze Liste (veröffentlicht in der „Gazeta Polska“ vom 6. 6.). Luer wurde von Neustadt aus nach Rasthaus und Graudenz gebracht.

Redaktionswechsel im „Freien Volk“.

Seit gestern ist der Redakteur Gebauer aus dem unabhängigen „Freien Volk“ ausgeschieden. Die Urloche dazu wird in einer von seinem Nachfolger A. Lüpfer, bisher Schriftführer und gelegentlicher Berichtshalter des Blattes, unterzeichneten Erklärung nicht klar mitgeteilt. Es heißt darin, Gebauer habe sich in seiner nur einjährigen Tätigkeit sehr anstrengen müssen, weil er zeitweise Geschäftsführer, Redakteur und Berichtshalter in einer Person sein mußte für die Bedeutung und Größe des Blattes ist dieser Zustand gewiß mehr als kennzeichnend. Von Differenzen zwischen

Gebauer und den beiden Lüpfer- und Mühlhofervereinen kann Partei weiß die Erklärung nicht. Der Nachfolger hat sich nicht um Nachsicht für sich. Er war nicht weniger sehr beschäftigt, daß er recht abgesehen werden muß, was unter den gegebenen Verhältnissen geschehen werden muß.

Wenn die Politik der Koalition auch anderen gegenüber immer noch diesem sehr verhängnisvollen Schicksal bestimmt werden wurde, stünde es auch in Danzig ganz anders in vielen Dingen.

Preise für Schlachtvieh.

Die Notierungskommission des Viehhandelsamtes hat am 2. August folgende Schlachtviehpreise festgelegt: Schweine: 1. Qualität 650 Mk. je Zentner, 2. Qualität 600 Mk. je Zentner, 3. Qualität 550 Mk. je Zentner, 4. Qualität 500 Mk. je Zentner, 5. Qualität 450 Mk. je Zentner, 6. Qualität 400 Mk. je Zentner, 7. Qualität 350 Mk. je Zentner, 8. Qualität 300 Mk. je Zentner, 9. Qualität 250 Mk. je Zentner, 10. Qualität 200 Mk. je Zentner, 11. Qualität 150 Mk. je Zentner, 12. Qualität 100 Mk. je Zentner, 13. Qualität 50 Mk. je Zentner, 14. Qualität 0 Mk. je Zentner.

Eine Rundfunkstation in Danzig, die auf dem Westufer der einmündenden Kanalisation wird nicht nur einem Westfälischen Landwirt, sondern auch einem allgemeinen Nachrichtenbüro umfassen. Eine Reihe größerer Nachrichtenbüros wird sich daran beteiligen. Wichter haben sich nachfolgende Nachrichtenbüros angemeldet: Wolffs Telegraphisches Bureau, Nachrichtenbüro Dr. Danneberg, Telegraphen-Union, Holländisches Telegraphenbüro.

Überabend in den Künstlerzirkeln. Der am 30. Juli in den Künstlerzirkeln des Danziger Kreis stattgehabte Abend und Scherabend für das Längere Jazet u. Ciaja gestaltete sich zu einem durchschlagenden Erfolg. Ewige Künstler bezauberten ihr Talent und fanden ganz besondere Unterstützung durch die Mitwirkung der Gesangsdirigenten Frieda Kleber-Weber und des Herrn Alexander Kleber vom Metropol-Theater Berlin. Frieda Kleber-Weber brachte prächtig die Lagenarie aus den „Kugeln“ und den Walzer der „Kugeln“ aus der Oper „Lohengrin“ unter großem Beifall zu Gehör. Dieser freizerte sich auch als von derselben Künstlerin aufgenommen mit Herrn Alexander Kleber verschiedene Operetten-Duetts in Kostüm geboten wurden. Der ganze Abend war getragen von einer bei Publikum und Mitwirkenden gleichmäßig sich steigenden ausgezeichneten Stimmung, die den Künstlern durch reiche Blumen Spenden zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Arbeitslosigkeit in Danzig. Die Zahl der arbeitssuchenden männlichen Personen betrug am 1. August 7009, die der weiblichen 807, zusammen 8016. Die Zahl der offenen Stellen betrug 23 für männliche und 68 für weibliche Personen, zusammen 91.

Ein Zugzusammenstoß erfolgte heute früh auf der Eisenbahnstrecke Danzig—Chra in der Nähe von Petroschagen. Die Arbeitererschütterte dadurch erhebliche Verletzungen. Augenblicklich ist eine einzelne Lokomotive mit einem von Danzig kommenden Güterzuge zusammengefahren. Durch den Anstoß wurde die Lokomotive auf die Seite geworfen. Die Lokomotive des Güterzuges ist stark beschädigt. Auch mehrere Wagen zeigen Spuren des Zusammenstoßes. Nach Anhalten der Eisenbahn vor dem Fahrer und Heizer der entgleisten Lokomotive tödlich verunglückt. Die Bahnhofsstraße ist für den Personenverkehr wieder frei.

Polizeibericht vom 3. August 1920. Festgenommen: 27 Personen, darunter 19 wegen Brandfriedensbruchs, 1 wegen Trunkenheit, 1 wegen Unterschlagung, 5 wegen Diebstahls, 1 in Polizeihait. — Gefunden: 1 Schwarz und weißer Perlenpompador, enth. 1 Portemonnaie mit Geld und Briefmarken, abgehoben von Frau Anna Janzen, Rittergasse 27, 3 Treppen.

Standesamt vom 3. August 1920.

Todesfälle: Prediger a. D. Augustin Wehler Fr. phil. Mar Wehler, 78 J. 4 M. — E. des Arbeiters Gottfried Jahnke, 8 M. — T. des Schlossers Bruno Schwarz, 10 M. — Witwe Johanna Wehler geb. Lunde, 73 J. 7 M. — Frau Johanna Wehler geb. Lunde, 40 J. 2 M. — Gattin Kaufmann Abraham, 78 J. 6 M. — Landwirt Michael Wehler, 72 J. 12 M. — Schiller Karl Thoms, 29 J. 9 M. — Buchhalterin Gertrud Ruffow, 28 J. 4 M. — Eheg. 1 S.

Wasserstandsberichte am 2. August 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Danzig	1,72	2,58	0,63	0,62
Wanzen	1,28	—	0,30	0,28
Schönan	0,72	0,70	0,10	0,07
Salzenberg	4,34	4,35	0,10	0,10
Rehborstbuck	2,04	2,06	2,36	2,28
Lobn	0,43	0,41	2,00	2,00
Fordn	0,30	0,45	—	0,06
Wilm	0,14	0,26	—	—
Graudenz	0,26	0,23	—	—

Aufführung interessiert und sehr erfreut war, daß von ihr bei allem Ungünstigen dieser Gruß ausging, daß man das wahrgenommene Gefühl hatte, daß in der Gesamtheit Goethischer Welt vernünftiger wurde und somit für die Künstler-Aufführungen unter Hermann Herz am Danziger Stadttheater eine gute Zeit zu kommen scheint.

Was ist eine Goldmark?

Mit dieser Frage, die heute oft gestellt wird, beschäftigt sich ein Artikel im „Handelblatt“ des „F.“, dem wir folgendes entnehmen: Eine juristisch richtige Definition für dieses Begriff ist weder im Freieinvernehmen gegeben worden, noch scheint in dem Abkommen von Spa eine solche genaue Definition gegeben zu sein. Der Sinn des Begriffs Goldmark besteht aber offenbar darin, daß die Abwertung der Papiermark vor und nicht in der jüdischen palastischen und fast unermesslichen Papiermark zu erreichen ist, sondern in der alten Freieinvernehmen, die juristisch insofern der Goldmark gleichgestellt ist, als die Goldmark in den Goldwert geschoben war oder, wie man zu sagen pflegt, die Goldmark in den Goldwert geschoben war. Diese Bindung ist jedoch nicht zu verstehen, daß Gold einen festen Preis von 1896 Mark hat, sondern daß die Goldmark ein gleiches Gewicht von 0,36 Gr. Gold, und die 0,36 Gr. Gold sind es, demnach auch die 100 Mark Goldmark, 100 Goldmark haben. In England stellt sich der Goldpreis jetzt auf 107 Schilling für die Unze, und in Deutschland auf 21,1 Gramm. All so wird eine Goldmark — 0,36 Gr. Gold, einen Preis von 1,27 Schilling haben. 1,27 Schilling regulieren aber nach dem heutigen Kursstand der Bank in Deutschland von circa 150 Mark einen Betrag von 2,3 Papiermark. Wenn die Goldmark auf 2,3 Papiermark anzuheben wäre, so würde der gesamte Aufschlag auf den Papierpreis von 5 Goldmark sich auf 47,50 Mark stellen. Zu ungeheurer, denselben Resultate von auch, wenn man die Dollarwertung als diejenige, die heute praktisch ist, ansetzt. Die Berechnung der Goldmark ist, das Goldgewicht, das man würde dann einfach sagen, ein Goldmark ist gleich 2,20 Mark Freieinvernehmen. Da der Weltendollar jetzt in Berlin auf etwa

60 Papiermark steht, so würde sich bei dieser Berechnung ergeben, daß eine Goldmark so vielen Papiermark entspricht, als herauskommt, wenn man den Dollarkurs von 80 durch 4,3 dividiert, nämlich circa 18,5 Papiermark. Natürlich handelt es sich hierbei um Berechnungen, die nur für den jetzigen Stand der Papiermark zutreffen.

Eine andere Art der Berechnung der Goldmark liegt in der Bemerkung, daß Gold nicht den internationalen festgesetzten Goldpreis zugrunde, sondern den deutschen Goldpreis, wobei die berechnungsmäßig das ist, was die Berechnung der Goldmark, also der deutschen Wertungseinheit handelt. Der Goldpreis in Deutschland ist aber nicht der, der auf Grund des Freieinvernehmens bei uns ein Goldmark entspricht, sondern ein internationaler Preis, der gleich also infolge der Berechnung der Abwertung nicht zu berechnen kann. Jetzt beträgt der Goldpreis in Deutschland für 0,36 Gr. Gold etwa 1,27 Mark. Wenn man diese Summe durch 0,36 auf 3,5 bis 4,1, so erhält man auf 2,3 Papiermark stellen. Eine solche Berechnung läßt sich aber nur für den internationalen Verkehr anstellen. Für den Verkehr mit dem Ausland muß unseres Danksprechens der internationale Goldpreis zugrunde gelegt werden.

Das kannst du...

Das kannst du nicht zwingen: daß die Knospen springen, daß die Sonne ihnen ihren Mai gebt, daß das was hinter dir liegt, daß nicht schreckt mehr und unterliegt, was Winter in die Augustreifen in der Stille... und Knospen zu reifen und dich zum Frühling durchzuführen, das kannst du zwingen!

Carl Fleischer.

Die Befassung der Kartoffeln

macht den Verbrauchern noch immer schwere Sorge. Diese Arbeit...

Wir verstehen nicht, daß man den Wünschen des Genossen nicht...

Aus den Berichtsjalen.

Ein großer Schleichhändler mit Fleisch. Vor dem Schöffengericht...

Verurteilung von Wehl. Der Geschäftsführer Reishauer in...

Betrag bei Arbeitslosenunterstützung. Der Schlosser Julius...

Aus dem Freistadtbezirk.

Gemeindevorstellung in Ohra.

Am Donnerstag, den 8. August nachmittags 5 Uhr findet im...

Aus dem deutschen Osten.

Die Abstimmungsahlen in Ost- und Westpreußen.

Den „P. P. K.“ wird geschrieben: Die von den Polen behauptete...

Und um nur noch ein weiteres Beispiel anzuführen, das auch...

Man rief also nicht nur nach den Gefunden, sondern auch nach...

die Rolle aus, doch jeder Pole die Pflicht hätte, sich unbedingt an...

Neues Kabel Deutschland-Königsberg.

Der Leiter der Reichstelegraphie Dr. Bredow hat sich in Begleitung...

Beendigung des Königsberger Elektrizitätsstreits.

Der Streit im Königsberger Elektrizitätswert ist am Sonnabend beendet worden.

Aus aller Welt.

Die teuerste Stadt Europas.

Den zweifelhaften Ruhm, in diesen Zeiten der Teuerung die teuerste...

Chirurgische Abolition.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Partel, für den unpolitischen...

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Bannmann...

Deutscher Tag in Laurent

am Sonntag, den 8. August 1920 (Domingonntag). Deutsches Volksfest auf der Wiese.

Gedania-Theater

Achtung! Nur bis einsch. Donnerstag! Fortsetzung des Detektiv- u. Abenteuer-Zyklus „Der Fürst“.

Neu! Frauenstimmen

Beiträge der sozialdemokratischen Volkserwerberinnen zu den Zeitfragen. Preis 2,25 Mark.

Expeditionen

Danziger Volksstimme

Danzig. Am Spendhaus 5, Paradiesgasse 32. Ohra. Zigarrengeschäft Mielke an der Ostbahn 1, Ecke Hauptstraße.

Schwerden aber unpünktliche oder unregelmäßige Zustellung sind in den Expeditionen...

Rudolf, Spendhausgasse 4. Begut, Sonntag 12 a. Abak, Hobe Selgen 11.

Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft. Günstige Tarife für Arbeiter und Kinder.

Dr. J. Fleckensätze bei Bartflechten sowie Flecht- u. Hautauschlag.

Lehrer Obst's Nerven-tee. Aus dem Institut für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Wirtsch.

Lehrer Obst's Nerven-tee. Aus dem Institut für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Wirtsch.

Lehrer Obst's Nerven-tee. Aus dem Institut für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Wirtsch.

Lehrer Obst's Nerven-tee. Aus dem Institut für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Wirtsch.

Lehrer Obst's Nerven-tee. Aus dem Institut für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Wirtsch.

Lehrer Obst's Nerven-tee. Aus dem Institut für die wissenschaftliche Untersuchung politischer Wirtsch.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Buchhandlung Volkswoch. Am Spendhaus 5 u. Paradiesgasse 32.

Geschlechtsleiden! veralt. u. chronischer Weibsch. Pollutionen, Mannschwäche...

Berlangen Sie die „Volksstimme“ in den Gaststätten!

Ein fest neuer Fisch ist preiswert zu verk. Pappe, Matzenbuden 35.